



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 096-2023
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2023.RRGR.142

Eingereicht am: 06.05.2023

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Sancar (Bern, Grüne) (Sprecher/in)
Patzen (Bern, Grüne)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Sicherheitsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Demokratie-politisch problematische Auslagerung staatlicher Aufgaben an private Sicherheitsfirmen

Mit grossen Sorgen beobachten wir, dass – wie bereits andere Kantone – auch der Kanton Bern zunehmend staatliche Aufgaben an private Sicherheitsdienste überträgt. Seine Haltung ist allerdings widersprüchlich. Denn er sagt einerseits klar, dass die von den Sicherheitsdiensten privat angestellten Personen nicht mehr Kompetenzen hätten als alle anderen Bürgerinnen und Bürger. Andererseits ist es aber unbestritten, dass die Aufgaben, die er den privaten Sicherheitsdiensten überträgt, zum Teil komplexe staatliche Aufgaben sind, die klar zur Polizei gehören. Es gibt durchaus Aufgaben, wie beispielsweise die Kontrolle über den ruhenden Verkehr, die an private Sicherheitsdienste übertragen werden können, wenn der Datenschutz gewährleistet ist. Viele Aufgaben wie Botschaftsschutz, Gefangenengleitung, Überwachung des öffentlichen Raums indes unterliegen dem staatlichen Gewaltmonopol. Dieses ist ein konstitutives Element des Rechtsstaates und darf nur durch die Polizei erfolgen. Die Polizei wird demokratisch geregelt und ist gesetzlich geregelt. Mit zunehmender Privatisierung der öffentlichen Aufgaben schwächen wir das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat. Auch der Verband Schweizerischer Polizei-Beamte äussert sich kritisch zur Übertragung der Polizei-Aufgaben an private Sicherheitsdienste.

Wir dürfen aus Kostengründen unsere Demokratie nicht schwächen und staatliche Aufgaben an private Sicherheitsfirmen übertragen. Demokratie darf etwas kosten. Und wohl nicht in zu weiter Ferne wird dieser Verlust des Vertrauens in den Staat in Form von hohen Kosten auf uns zurückfallen!

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Warum werden staatliche Aufgaben, die eindeutig zu den polizeilichen Aufgaben gehören, zunehmend an private Sicherheitsdienste übertragen?

2. Kann er die aktuellen Verträge des Kantons Bern mit privaten Sicherheitsfirmen, einschliesslich der Auftragskosten, zusammenstellen und dem Grossen Rat vorlegen?
3. Kann er seine Planung in der Vergabe von Aufgaben an private Sicherheitsdienste und die treibenden Absichten auflisten?
4. In welchen Aufgaben dürfen Mitglieder der privaten Sicherheitsdienste Waffen tragen, und um welche Waffen handelt es sich?
5. Was braucht es, dass diese demokratie-politisch heiklen Aufgaben im Sinne des Gewaltmonopols Aufgaben der Polizei bleiben?

Verteiler

- Grosser Rat